



Presseinformation

Nr. 194 / 2014

Kiel, Dienstag, 29. April 2014

Hochschule / Lehrerausbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Der Ministerpräsident muss endlich Konsequenzen aus diesem heillosen Durcheinander ziehen

Zum gestrigen Krisengipfel zur Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Teure Doppelstrukturen, hastige Korrekturen über Nacht, Gespräche mit den Betroffenen erst nach Einbringung eines Gesetzentwurfes und das hochmütige Abkanzeln eines Uni-Präsidenten: Das ist alles andere als ‚gutes Regieren‘, sondern politischer Dilettantismus in Reinform und einfach nur handwerklich schlecht. Wer glaubt, auf dieser Grundlage ‚das beste Lehrerbildungsgesetz in Deutschland‘ (Ministerpräsident Albig am 9. April im Landtag) erarbeitet zu haben, der hat leider jeglichen Bezug zur Realität verloren.

Die Tatsache, dass die Ministerin schon gar nicht mehr an dem gestrigen Krisengipfel teilgenommen hat, spricht Bände. Sie hat so viel Vertrauen bei der größten Universität des Landes zerstört, dass ihr diese Vermittlungsaufgabe schon gar nicht mehr zugetraut wird. Wenn sich sogar Wendes sozialdemokratische Amtsvorgängerin Erdsiek-Rave in den Chor der Kritiker einreihet, muss dies auch dem Ministerpräsidenten zu denken geben.

Es ist überdies ein beispielloser und auch nicht hinnehmbarer Vorgang, dass die Landesregierung, nachdem sie ihren Gesetzentwurf in die Hände des Parlaments gelegt hat, bei diesem erneute und erhebliche Korrekturen anmeldet. Anders kann man diesen zudem auch noch ergebnislosen Krisengipfel ja nicht erklären. Damit hat das Ministerium nicht nur selbst den Beweis erbracht, dass dieser Gesetzentwurf in der vorgelegten Form reif für die Tonne ist, sondern es ist zugleich eine klare Missachtung des Parlaments, das jetzt eigentlich am Zug ist. Wir sind sehr gespannt darauf, wie die Koalitionäre begründen wollen, dass der Regierungsentwurf (Drs. 18/1760)

Grundlage für eine parlamentarische Anhörung werden soll, wo diesem faktisch schon vorher die Legitimationsgrundlage durch die antragstellende Landesregierung entzogen wurde. Die peinliche Attacke der Grünen, die der Opposition vorwerfen, lediglich Verfahrensdebatten zu führen, offenbart die Verzweiflung im Regierungslager. Die Grünen sollten erkennen: Es ist das chaotische Verfahren der rot-grün-blauen Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, das die inhaltlichen Debatten bisher leider in den Hintergrund treten lässt.

Bei diesem heillosen Durcheinander kann es nur einen Ausweg geben, um bei diesem wichtigen Thema endlich zu einer vernünftigen Lösung zu kommen: Wir erneuern unsere Forderung an den Ministerpräsidenten, Frau Wende aus dem Amt der Ministerin oder diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen. Am besten wäre allerdings beides.

Diese Reform ist so wichtig für die Zukunft unseres Landes, dass sie auch über den nächsten Regierungswechsel hinaus Bestand haben sollte. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn es endlich eine beratungs- und konsensfähige Grundlage gibt und alle Akteure, also selbstverständlich auch die Oppositionsvertreter, in einen sachlichen Diskurs eingebunden werden. Der Ministerpräsident hat es in der Hand.“